

Landkreis Ebersberg

14. Wahlperiode 2014-2020/KSA/23. Kreis- und Strategieausschuss



**Protokoll**

**23. Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses mit öffentlichem und nichtöffentlichem Teil**

**am Montag, 04.12.2017 im Hermann-Beham-Saal im Landratsamt in Ebersberg**

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:40 Uhr

Vorsitzender: Robert Niedergesäß  
Schriftführerin: Gabriele Huber

**Anwesend sind:**

**CSU-FDP-Fraktion**

Brilmayer, Walter  
Frick, Roland  
Huber, Thomas  
Müller, Alexander  
Ockel, Udo  
Wagner, Martin

**SPD-Fraktion**

Böhm, Ernst, Dr.  
Hingerl, Albert

**Freie Wähler-Fraktion**

Reitsberger, Georg

**GRÜNE-Fraktion**

Gruber, Waltraud  
Oellerer, Reinhard

abwesend ab 17:24 Uhr

**AG AfD-BP-ödp-parteilos**

Eckert, Christian

**Abwesend sind:**

---

Robert Niedergesäß  
Vorsitzender

---

Gabriele Huber  
Schriftführerin

**Inhalt:**

**Öffentlicher Teil**

- TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung
- TOP 2 Bürgerinnen und Bürger fragen
- TOP 3 Mitgliedschaft im Kreistag; Ausscheiden von KR Georg Hohmann  
Vorlage: 2017/3012
- TOP 4 Mitgliedschaft im Kreistag; Nachrücken von KR Günter Lenz  
Vorlage: 2017/3013
- TOP 5 Haushalt 2018; Beratungen für den Haushalt 2018, Haushaltssatzung mit Haushaltsplan, Investitionsplan und Finanzplanung 2019 bis 2021 - Zweite Lesung  
Vorlage: 2016/2816
- TOP 6 Schulentwicklung;  
Antrag auf Gründung eines fünften Gymnasiums in Poing beim Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst  
Vorlage: 2017/3014
- TOP 7 Bekanntgabe von Eilentscheidungen
- TOP 8 Informationen und Bekanntgaben
- TOP 9 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
- TOP 10 Anfrage posthum KR Ewald Schurer; Verbleib des Geldautomaten im Gebäude Landratsamt Sparkassenplatz

## Öffentlicher Teil

Vor Beginn der Sitzung teilt der Landrat mit, dass KR und Bundestagsabgeordneter Ewald Schurer gestern plötzlich verstorben sei. Er erklärt, dass wir mit KR Schurer einen engagierten, gewissenhaften Politiker sowie einen geschätzten, geachteten Wegbegleiter und Ratgeber verloren haben, der seit 1984 bis zu seinem Tod auch Mitglied des Kreistages war.

Es werde im Foyer des Landratsamtes ein Kondolenzbuch ausgelegt.

Kreistagsfraktionssprecher der SPD Albert Hingerl schildert die letzten gemeinsamen Stunden bei einer politischen Veranstaltung.

Der Landrat bittet die Anwesenden im Gedenken an Ewald Schurer eine Schweigeminute einzulegen.

TOP 1	Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung
-------	---

Der Landrat eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Gegen die Niederschrift der 22. Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses am 13.11.2017 gibt es keine Einwände. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

TOP 2	Bürgerinnen und Bürger fragen
-------	-------------------------------

keine

TOP 3	Mitgliedschaft im Kreistag; Ausscheiden von KR Georg Hohmann
-------	--

2017/3012

An der Beratung nahmen teil: Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat

Herr Neugebauer teilt mit, dass KR Georg Hohmann mit Schreiben vom 16.11.2017 bat, ihn zum Ende des Jahres 2017 von seiner Tätigkeit zu entbinden.

Eine in den Kreistag gewählte Person kann ihr Amt gemäß Art. 48 Abs. 2 Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz niederlegen. Art. 13 der LKrO (Niederlegung ehrenamtlicher Tätigkeit nur aus wichtigem Grund) findet keine Anwendung.

Über das Nachrücken des Listennachfolgers Günter Lenz aus Vaterstetten entscheidet der Kreistag (Art. 48 Abs. 3 Satz 2 Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz).

**Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

- 1. Der Kreistag stellt fest, dass Kreisrat Georg Hohmann sein Kreistagsmandat niederlegt.**
- 2. Kreisrat Georg Hohmann scheidet mit dem heutigen Beschluss des Kreistages aus dem Kreistag aus.**



**einstimmig angenommen**

TOP 4	Mitgliedschaft im Kreistag; Nachrücken von KR Günter Lenz
-------	---

2017/3013

An der Beratung nahmen teil: Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat

Herr Neugebauer informiert, dass durch den Amtsverlust von KR Georg Hohmann Herr Günter Lenz aus Vaterstetten Listennachfolger sei.

Herr Lenz habe mit Schreiben vom 17.11.2017 erklärt, dass er die Wahl annehmen werde. Wählbarkeitshindernisse liegen nach den bisherigen Feststellungen nicht vor.

Über das Nachrücken des Listennachfolgers entscheide der Kreistag gemäß Art. 48 Abs. 3 Satz 2 Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz.

Die SPD-Kreistagsfraktion habe Vorschläge für die Neu- bzw. Umbesetzung der Ausschüsse eingereicht, die dem Gremium als Beschlussvorschlag nun vorlägen. Einzig, der stellvertretende Vorsitz im Rechnungsprüfungsausschuss sei noch vakant.

SPD-Kreistagsfraktionssprecher Albert Hingerl schlägt Herrn Günter Lenz vor, der als Steuerfachkraft hierfür bestens geeignet sei. Von Seiten des Gremiums bestehe zu diesem Vorschlag Konsens und Herr Neugebauer passt den Beschlussvorschlag entsprechend an.

Der Landrat stellt den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

- 1. Es wird festgestellt, dass nach dem amtlichen Endergebnis der Kreistagswahl vom 16.03.2014 Herr Günter Lenz aus Vaterstetten mit dem heutigen Beschluss des Kreistages als Listennachfolger von Herrn Georg Hohmann in den Kreistag nachrückt.**
- 2. Herr Günter Lenz ist nach Art. 24 Abs. 4 LkrO zu vereidigen.**

**3. Mit dem Nachrücken von Herrn Günter Lenz in den Kreistag werden folgende Ausschüsse wie folgt neu besetzt:**

<b>1. Rechnungsprüfungsausschuss</b>		
Mitglied		
Günter Lenz für Georg Hohmann		
<b>2. LSV-Ausschuss</b>		
Mitglied		
1. Ulrich Proske für Ursula Bittner	1. Vertreter Ursula Bittner für Georg Hohmann	2. Vertreter Dr. Renate Glaser
2. Martin Esterl	Bianka Poschenrieder	Dr. Ernst Böhm
3. Elisabeth Platzer	Günter Lenz für Dr. Renate Glaser	Bianka Poschenrieder
<b>3. SFB-Ausschuss</b>		
Mitglied		
1. Dr. Renate Glaser	1. Vertreter Doris Rauscher	2. Vertreter Ulrich Proske für Albert Hingerl
2. Bianka Poschenrieder	Martin Esterl	Ursula Bittner
3. Günter Lenz für Ulrich Proske	Elisabeth Platzer	Doris Rauscher für Georg Hohmann
<b>4. ULV-Ausschuss</b>		
Mitglied		
1. Ursula Bittner	1. Vertreter Dr. Ernst Böhm	2. Vertreter Elisabeth Platzer
2. Dr. Renate Glaser	Ulrich Proske	Albert Hingerl
3. Bianka Poschenrieder	Günter Lenz für Georg Hohmann	Martin Esterl
<b>5. AG Politik und Verwaltung</b>		
Mitglied		
Elisabeth Platzer	1. Vertreter Günter Lenz für Dr. Ernst Böhm	2. Vertreter Doris Rauscher
<b>6. Zweckverband Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung</b>		
Mitglied		
Dr. Renate Glaser	Stellvertreter Ulrich Proske für Georg Hohmann	
KSA/JHA bleiben unverändert besetzt.		

**4. Zum stellvertretenden Vorsitz im Rechnungsprüfungsausschuss wird bestimmt:  
Günter Lenz**



einstimmig angenommen

TOP 5	Haushalt 2018; Beratungen für den Haushalt 2018, Haushaltssatzung mit Haushaltsplan, Investitionsplan und Finanzplanung 2019 bis 2021 - Zweite Lesung
-------	---

2016/2816	1/14/HH 2018
Vorberatung	ULV-Ausschuss am 27.09.2017, TOP 6 ö SFB-Ausschuss am 04.10.2017, TOP 6 ö Jugendhilfeausschuss am 12.10.2017, TOP 4 ö LSV-Ausschuss am 18.10.2017, TOP 3 ö Kreis- und Strategieausschuss am 13.11.2017, TOP 5 ö und TOP 7 ö
An der Beratung nahmen teil:	Brigitte Keller, Abteilungsleitung 1, Zentrales und Bildung Christian Salberg, Abteilungsleitung 6, Jugend, Familie und Demografie Florian Robida, stellvertretende Abteilungsleitung 6

Frau Keller erläutert den Sachverhalt anhand einer Präsentation (Anlage 1 zum Protokoll).

Sie verweist auf den mitversandten Entwurf des Haushalts 2018, der den Kreisräten zur Information und als „Nachschlagewerk“ diene.

Die Ergebnisrechnung weise aktuell einen Ergebnisüberschuss in Höhe von 8.931.796 € aus. Angesichts der künftigen Investitionen (Masterplan Schulen) sei die Empfehlung von Frau Keller als Finanzmanagerin, einen Ergebnisüberschuss von jährlich 10 Mio. € zu erwirtschaften.

Die Bezirksumlage werde sich um 1,5 %-Punkte bzw. 3.540.000 € erhöhen. Damit steige diese um 868.482 € mehr, als der Landkreis von den Gemeinden an Kreisumlage zusätzlich erhalte. Die Liquidität werde Ende 2017 bei über 20 Mio. € liegen.

Im Vergleich zu den Vorjahren werden sich im Jahr 2018 die Investitionen deutlich erhöhen. Das Volumen sei mit 24,8 Mio. € um 11,9 Mio. € höher als im Vorjahr. Die Investitionsquote betrage 17,9 %; in den Jahren 2016 und 2017 lag sie bei 9 %.

Gegenüber der Vorjahresplanung werde die Verschuldung zum 01.01.2018 auf 46,6 Mio. € sinken. Bis zum Jahr 2021 werden in der Finanzplanung insgesamt 41 Mio. € neue Kredite geplant, sodass die Verschuldung bis auf 69,3 Mio. € ansteigen werde.

Im Jahr 2018 werde für die Teilgeneralsanierung Gymnasium Grafing eine Kreditaufnahme von 6 Mio. € geplant, daher bedarf der Haushalt der rechtsaufsichtlichen Genehmigung durch die Regierung von Oberbayern.

Die Erweiterung des Gymnasiums Vaterstetten und die Teilgeneralsanierung am Gymnasium Grafing seien bereits im Haushalt eingeplant, daher summiere sich die Warteliste 2018 auf 143 Mio. €.

Der Haushaltsentwurf wurde auf der Basis von 47,5 Punkten aufgestellt und ende mit einem Ergebnisüberschuss in Höhe von 8.931.796 €. Die Investitionen in Höhe von netto 24.776.829 € werden im Jahr 2018 mit 6 Mio. € Kreditaufnahmen geplant.

Im Jahr 2017 wird für die Turnhalle in Vaterstetten ein Betrag in Höhe von 650.000 € aufgelöst. Die erste Rate sei schon geflossen. Die Rücklage (660.000 €) aus dem Jahr 2013 werde 2018 aufgelöst.

Bei der Festsetzung der Kreisumlage solle nicht außer Acht bleiben, so Frau Keller, dass die Gemeinden durch die „Bundesmilliarde“ bei der Eingliederungshilfe um 2,5 Mio. € entlastet würden. Eine sprunghafte Erhöhung der Kreisumlage sei in den nächsten Jahren nicht auszuschließen. Antizyklisches Handeln des Landkreises ohne Liquiditätsreserven sei dann nicht möglich.

Abschließend erklärt Frau Keller, dass ein jährlicher Ergebnisüberschuss von 10 Mio. € den Masterplan Schulen, neben den anderen Verpflichtungen des Landkreises (Klinik, Infrastruktur, Verwaltung), beherrschbar mache.

Der Landrat bedankt sich bei Frau Keller und deren Team, stellvertretend anwesend Frau Ana Stellmach und Simone Riedl und eröffnet die Diskussion mit dem Wunsch, hier eine gute Lösung für den Landkreis und für die Gemeinden und Städte zu finden.

KR Udo Ockel stellt den **Sachantrag**, die Debatte über die neu zu schaffende Stelle der **Schulsozialarbeit** der Gemeinde Vaterstetten wieder aufzunehmen. Diese Stelle wurde aufgrund eines Missverständnisses im letzten Kreis- und Strategieausschuss am 13.11.2017 nicht bewilligt.

KR Dr. Ernst Böhm merkt an, dass, obwohl die Kreisumlage von ursprünglich 53 %-Punkten auf 47,5 %-Punkten zurückgegangen ist, die Schulden und die pro Kopf Verschuldung zurückgegangen seien.

KR Martin Wagner erklärt, er und seine Fraktion seien für 10 Mio. € Ergebnisüberschuss plus einer Senkung der Kreisumlage (KU) auf 47,0 %-Punkte. Auch wenn die KU um einen ½ %-Punkt gesenkt werde, werden die Gemeinden mehr zahlen müssen. Der Landkreis werde aufgrund der guten Konjunkturlage nächstes Jahr wieder einen Überschuss von mehr als 10 Mio. € erreichen. Daher stelle er für die CSU-FDP-Kreistagsfraktion den **formellen Antrag**, die **Kreisumlage** auf 47,0 %-Punkte zu senken.

KR Walter Brilmayer erkundigt sich, ob der Landkreis für die 20 Mio. € Liquidität 40.000 € Verwahrgeld zahlen müsse. Frau Keller erklärt, dass es noch Banken gebe, an die kein Verwahrgeld zu zahlen sei. Die Liquidität könne gut berechenbar „abgeschmolzen“ werden.

KR Alexander Müller appelliert, Rücklagen und Liquidität zu unterscheiden. Unser Ziel sollen die 10 Mio. Ergebnisüberschuss sein, um Rückstellungen langfristig bilden zu können. Er erinnert an die letzten beiden Jahre, in denen, bedingt durch Asyl, hohe Ausgaben auf den Landkreis zugekommen sind. Ein Ergebnisüberschuss von 10 Mio. € auf Dauer solle sichergestellt werden, ansonsten habe der Landkreis in 10 Jahren höhere Schulden.

KR Reinhard Oellerer plädiere, die 47,5 %-Punkte Kreisumlage beizubehalten. Der Landkreis habe ein gewaltiges Investitionsprogramm vor sich. Die 10 Mio. € Ergebnisüberschuss seien erforderlich, um nicht in 2020/21 in eine hohe Verschuldung zu kommen. Daher solle jetzt vorausschauend geplant werden. Der ½ Punkt Kreisumlage mache uns nicht arm und nicht reich.

KR und Bürgermeister Roland Frick erklärt, dass die Kommunen viel an Investitionen leisten müssen (Wohnungsbau, Feuerwehr etc.). Er sehe in der Senkung der Kreisumlage in Höhe eines ½ Punktes einen vernünftigen Kompromiss und ein gutes Zeichen an die Gemeinden.

KR und Bürgermeister Albert Hingerl erklärt, dass er den Vorschlag von 47,0 %-Punkten mittrage. Er habe von verschiedenen Bürgermeistern den Hinweis erhalten, dass die Kreisumlage zu hoch sei. Er sehe mit der Senkung um einen ½ Punkt einen guten Kompromiss den beide, der Landkreis und die Kommunen gut tragen könnten.

KR und Bürgermeister Udo Ockel sehe ebenfalls in der Senkung um einen ½ Punkt einen Kompromiss, obwohl es auch Gründe gäbe, die Kreisumlage noch weiter zu senken.

KR Thomas Huber verweist auf den 10-Jahres-Vergleich, in dem mit 47,0 %-Punkten die niedrigste Kreisumlage in Punkten und mit den höchsten Zahlen sei. Die Steuer- und Finanzkraft der Gemeinden sei derzeit sehr hoch. Trotz Senkung würden 12 Gemeinden mehr zahlen als vorher. Den Kommunen könne daher wieder etwas zurückgegeben werden. Trotzdem solle das Ziel 10 Mio. Ergebnisüberschuss bestehen bleiben.

KR und Bürgermeister Georg Reitsberger erklärt, dass den Gemeinden jeder ½ Punkt, der bei der Kreisumlage gesenkt werde, gut tue.

KR Christian Eckert erklärt, er sei für die Beibehaltung von 47,5 %-Punkten Kreisumlage. Ihm sei es zu optimistisch gedacht, dass die gute Konjunkturlage 10 Jahre so bleibe.

Der Landrat erklärt, dass er mit dem Kompromiss von 47,0 %-Punkten gut leben könne.

Auf den Antrag von KR Udo Ockel zurückkommend begrüßt der Landrat Herrn Salberg und Herrn Robida vom Jugendamt. Der Landrat erklärt, dass die Overheadkosten (Schulsozialarbeit für Gemeinde Vaterstetten) bei einer Person nicht spürbar seien, allerdings sollten mehr Gemeinden auf das Jugendamt zukommen sehe es anders aus. Die Rechtslage habe sich insofern geändert, dass künftig die Stelle der Schulsozialarbeit an den Jugendämtern angesiedelt werden müsse. Für Bestandsfälle (wenn die Nachfolge nahtlos erfolgt) gelte eine Übergangslösung bis 2019. Im Falle der Gemeinde Vaterstetten konnte die Nachfolge nicht nahtlos ersetzt werden, die Stelle sei seit einem halben Jahr vakant.

KR und Bürgermeister Udo Ockel erkundigt sich, wer Träger der Schulsozialarbeit an den weiterführenden Schulen im Landkreis sei.

Herr Salberg berichtet, der Landkreis Fürstenfeldbruck mache dies in Eigenregie. Im Landkreis Ebersberg habe das Diakonische Werk im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung den Zuschlag erhalten, das Projekt SaS für drei Jahre mit vier Vollzeitstellen (an den acht weiterführenden Schulen mit je einer halben Stelle) umzusetzen. Nach Ablauf des Vertrages (Mitte 2019), müsse das Projekt erneut europaweit ausgeschrieben werden. Das Jugendamt würde sich daran gerne beteiligen, könne damit aber nicht selbst die Ausschreibung vornehmen. Schließlich müsse ein derartiges Vorhaben noch vom Jugendhilfeausschuss bestätigt werden.

Der Landrat stellt den geänderten Beschlussvorschlag getrennt zur Abstimmung.

#### **Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

- 1. Die neue Stelle 6.86 Jugendsozialarbeit (Schulsozialarbeit der Gemeinde Vaterstetten 1 Stelle: Besetzung 0,5 VZÄ) wird genehmigt.**



**angenommen**

**gegen 2 Stimmen**

- 2. Die Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2018 wird auf 47,5 Punkte festgesetzt.**



**abgelehnt**

**gegen 10 Stimmen**

- 3. Die Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2018 wird auf 47,0 Punkte festgesetzt.**



**angenommen**

**gegen 3 Stimmen**

- 4. Die mit Beschluss des Kreis- und Strategieausschusses beschlossene Rücklage für Turnhallenneubauten in Höhe von 650.000 € wird für die Turnhalle in Vaterstetten aufgelöst.**



## 5. Die Haushaltssatzung 2018

- a) mit dem doppelten Haushaltsplan des Landkreises Ebersberg einschließlich Investitionsplan und Finanzplan für die Jahre 2019 bis 2021 und
- b) mit dem Wirtschaftsplan des Sondervermögens „Liegenschaften der Kreisklinik Ebersberg“ werden in der Fassung des Protokolls des Kreistages beschlossen.

## 6. Die Haushaltssatzung ist Bestandteil dieses Beschlusses und Anlage 2 zur Niederschrift.



einstimmig angenommen

TOP 6      Schulentwicklung;  
Antrag auf Gründung eines fünften Gymnasiums in Poing beim Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst

2017/3014

11/Bildung

Vorberatung

SFB- und LVS-Ausschuss am 04.10.2017, TOP 3ö  
Kreis- und Strategieausschuss am 09.10.2017, TOP 5ö  
Kreistag am 23.10.2017, TOP 4ö

An der Beratung nahmen teil:

Hubert Schulze, Mitarbeiter SG 11, Bildung und IT

Herr Schulze erläutert den Sachverhalt anhand einer Präsentation (Anlage 3 zum Protokoll).

Auf Vorschlag der interfraktionellen Arbeitsgruppe Masterplan Schulen und des Kreis- und Strategieausschusses hat der Kreistag am 23.10.2017 folgenden Beschluss gefasst:

### 6. *Gymnasium Poing*

6.1 *Der Landkreis errichtet ein fünftes Gymnasium.*

6.2 *Das Gymnasium soll in Poing zunächst für 1.000 Schüler errichtet werden.*

6.3 *Voraussetzung ist, dass die Gemeinde Poing ein geeignetes Grundstück zur Verfügung stellt.*

6.4 *Die Maßnahme wird auf die Warteliste gesetzt.*

6.5 *Der Kreistag stellt einen Antrag auf schulaufsichtliche Genehmigung eines Gymnasiums in Poing.*

Folgende Zeitschiene sei im Masterplan Schulen vorgesehen:

- Im Jahr 2018 Schulaufsichtliche Genehmigung
  - Beschluss im Kreistag am 18.12.2017
  - Antrag an die Regierung von Obb. im Januar 2018
  - Raumprogramm (Regierung von Obb.)

- Stellungnahme des Ministerialbeauftragten
- Gründungsentscheidung des Kultusministeriums

Nach der Gründungsentscheidung sehe der zeitliche Ablauf wie folgt aus:

- Im Jahr 2019 Entscheidung PPP
- Im Jahr 2020 Planungsphase
- Im Jahr 2021 Baubeginn
- Im Jahr 2023 Fertigstellung

Die Gemeinde Poing werde im nördlichen Gemeindegebiet, angrenzend an die Gemeinde Pliening, ein ca. 3 ha großes Grundstück für das geplante Gymnasium zur Verfügung stellen.

Nachdem die Sitzungsvorlage auch an den Kreistag gehe, bittet KR Alexander Müller folgende Punkte im Sachverhalt zu korrigieren:

- Die Formulierung, *„die ‚erfreuliche‘ Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums“* sei eine politische Bewertung, die politisch umstritten sei. Daher solle das Wort ‚erfreuliche‘ gestrichen werden.
- Im Beschluss des Kreistages, das Gymnasium solle in Poing *‚zunächst‘* für 1.000 Schüler errichtet werden, könne entfallen, da derzeit von 1.000 Schüler ausgegangen werde und eine spätere Erweiterung möglich sei.
- Die Formulierung *„Vor allem durch die deutliche Überbelegung des Humboldt-Gymnasiums, das aufgrund seiner Größe nicht beliebig erweiterbar sei, werde die Errichtung eines weiteren Gymnasiums notwendig“* widerspreche der Feststellung: *„Wie sämtliche Schülerprognosen zeigen, wird ein Gymnasium Poing mehr Schüler aus dem benachbarten Franz-Marc-Gymnasium Markt Schwaben als aus dem chronisch überfüllten Hmboldt-Gymnasium Vaterstetten abziehen.“*

Herr Schulze erklärt, dies widerspreche sich nicht, denn eine erwünschte Wirkung am Gymnasium Vaterstetten habe eine Nebenwirkung in Markt Schwaben. Fakt sei, dass wir für das Gymnasium in Vaterstetten ein weiteres Gymnasium im Nordwesten des Landkreises brauchen.

Der Landrat erklärt, dass er das Wort ‚erfreulich‘ in den Text eingefügt habe und dies auch so bleiben solle.

KR und Bürgermeister von Poing Albert Hingerl bedankt sich für die Entscheidung ein fünftes Gymnasium in Poing bauen zu wollen.

KR und Landtagsabgeordneter Thomas Huber erklärt, dass der Freistaat durch die G9-relevanten Zuschüsse seinen Beitrag leiste.

Der Landrat stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen**

**Die Verwaltung wird beauftragt, beim Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst einen Antrag auf schulaufsichtliche Genehmigung für ein Gymnasium in Poing zu stellen und mit der Gemeinde Verhandlungen über das Grundstück aufzunehmen.**



**einstimmig angenommen**

TOP 7	Bekanntgabe von Eilentscheidungen
-------	-----------------------------------

keine

TOP 8	Informationen und Bekanntgaben
-------	--------------------------------

keine

TOP 9	Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
-------	---

keine

TOP 10	Anfrage posthum KR Ewald Schurer; Verbleib des Geldautomaten im Gebäude Landratsamt Sparkassenplatz
--------	---

KR Albert Hingerl teilt eine Anregung von KR Ewald Schurer mit, die er per Mail von KRin Elisabeth Platzer erhalten habe: Der Geldautomat des KSK-Gebäudes Sparkassenplatz solle im neu genutzten Gebäude Landratsamt Sparkassenplatz bleiben.

Der Landrat teilt mit, dass diesem Wunsch von Beginn der Verhandlungen an entsprochen wurde. Der Geldautomat bleibe dort, wo er sich derzeit befinde, um den Bürgern diesen Komfort auch weiterhin zu bieten. Im Notarvertrag sei dies bereits so festgehalten.

Der Landrat beschließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 16:35 Uhr.

Ende der Niederschrift der öffentlichen Sitzung.